2026, 14(1), 183-192
doi.org/10.36900/suburban.v14i1.1141
zeitschrift-suburban.de
CC BY-SA 4.0

Debatte zu:
Klaus Ronneberger „Container des 21. Jahrhunderts“ (2000)

Kommentare von:
Bernd Belina, Gabu Heindl, Roger Keil, Christoph Laimer, Ute Lehrer

sub\urban
zeitschrift für kritische stadtforschung

Stadtbildsoziologie: Über leere Container und die risikolose Stadt des 21. Jahrhunderts

Kommentar zu Klaus Ronneberger „Container des 21. Jahrhunderts“ (2000)

Gabu Heindl

In derselben Woche, in der ich die Anfrage bekam, einen Debattenartikel zu Klaus Ronnebergers Text „Container des 21. Jahrhunderts“ und in Würdigung seiner Rolle im Stadtsoziologie-Diskurs zu schreiben, wurde Mitte Oktober 2025 in Deutschland eine Debatte über das „Stadtbild“ laut. Diese Debatte galt bekanntlich nicht dem Bedarf an stadträumlichen Verbesserungen, nicht dem Mangel an Infrastruktur im öffentlichen Raum, auch nicht dem Zuviel von Asphalt und Stau oder dem Ausmaß, in dem die destruktiven Effekte von Spekulation offensichtlich werden – in Form von leer stehenden Erdgeschosszonen, ja ganzen Häusern im Zustand des Leerstands. Ausgelöst wurde diese „Stadtbild“-Debatte vielmehr dadurch, dass Bundeskanzler Friedrich Merz, wie er sagte, „im Stadtbild noch dieses Problem“ sah.[1] Unter dem instrumentalisierenden Vorwand des Schutzes von Frauen und Mädchen vor sexualisierter Gewalt rückte er migrantische Männer ins Zentrum der Aufmerksamkeit, in Zusammenhang mit einem Plädoyer für mehr Abschiebungen. Eine solche hochideologische Argumentation greift auch auf die Diskussion über die Sichtbarkeit von Armut, von Bettelei und von Obdachlosigkeit über; was dabei negiert wird ist, dass die Präsenz dieser Probleme, vielmehr die Präsenz der von den Problemen betroffenen Menschen, in den Straßen Ergebnis gesellschaftlicher Prozesse und politischer Entscheidungen ist. „Stadtbild“ wird so zum Vehikel für migrationsfeindliche und rassistische Diskurse, die Sicherheit versprechen, aber Exklusion organisieren.

Wenn ich vor dem Hintergrund dieser Gegenwartsphänomene und der Kritik an ihnen sage, dass ich s u b \ u r b a n dankbar bin für die Einladung zur Auseinandersetzung mit Ronnebergers Text, dann ist das mit Nachdruck gemeint. Denn Ronnebergers Studie aus dem Jahr 2000 ist ein Text, der heute sehr sinnvoll und ergiebig zu lesen ist; insbesondere als ein kritisch interpretierender Ansatz, der sich dezidiert nicht auf einen technizistischen Diskurs beschränkt. Das gilt für Ronnebergers analytische Zeitdiagnose zu Malls als städtischem Raumtypus, viel mehr noch aber für seine grundlegende Reflexion zu urbaner Raumproduktion am Beginn des 21. Jahrhunderts. Seine herrschaftskritische Perspektive eröffnet dabei wichtige Diskussionsfelder im Hinblick auf ungerechte urbane Raumproduktion, auf Ein- und Ausschlüsse im städtischen Raum sowie auf eine dringliche Aktualisierung einer solchen kritischen Diskussion in der Gegenwart.

Schon der Titel des Essays, „Container des 21. Jahrhunderts“, ist insofern ergiebig, als er diverse Bedeutungen des Begriffs Container mit sich bringt. Umso mehr, als Ronneberger im Text selbst nicht formell ausdefiniert, was er mit Container meint, sondern dieses markante Wort eher als einen Kondensator und Aufhänger für Problemstellungen verwendet. Auffällig ist, dass der Begriff Container im Essay selbst nur ein einziges Mal explizit auftaucht – als Zitat des international erfolgreichen Architekten Helmut Jahn, der für das Frankfurter Europaviertel „Container für die Gesellschaft des 21. Jahrhunderts“ (Ronneberger 2026: 135) entwerfen wollte. Diese Container sollten Kultur, Dienstleistungen und Wohnen zu einer visionären Stadtform verschmelzen. In dem Zitat bündeln sich jene Dynamiken, die Ronneberger damals analysierte: Disneyfizierung und Mallifizierung der Innenstädte, die Transformation öffentlicher Räume in konsumorientierte, kontrollierte Umgebungen.[2] Mittels „defensiver Architektur“ (für die die englische Benennung „hostile architecture“ zutreffender ist), Überwachungstechnologie und neuer Formen privater Sicherheitsdienste setzten damals „Allianzen aus Geschäftsleuten und Behörden“ dazu an, die Innenstädte umzugestalten, um „‚konsumabträgliche‘ Situationen [zu] vermeiden“ (Ronneberger 2026: 139). Besonders eindrücklich macht der Text dabei nachvollziehbar, wie und warum sich die Sicherheitsarchitekturen der Shoppingmall in den späten 1990er-Jahren schrittweise auf die zentralen Innenstädte übertrugen. Die Mall fungierte dabei nicht nur als bauliches Vorbild, sondern als gesellschaftliches Modell eines regulierten, kalkulierbaren urbanen Raums. Hier ist der

Containerbegriff implizit mitgedacht, denn ein solcher Raum ist seitens der Machtdiskurse, die ihn entwerfen, als Containerraum konzipiert – im Gegensatz zu einem sozialen, relationalen, gelebten Raum, wenn wir hier eine Begrifflichkeit und eine Gegenüberstellung kurz aufgreifen, wie sie bei Ronneberger durch seine Beschäftigung mit Henri Lefebvre sowie in etwas anderer Referenzkonstellation auch von Martina Löw in ihrer *Raumsoziologi*e entwickelt wurde (Löw 2001).

Ein zeithistorischer Hintergrund zur Mallifizierung der Innenstädte ist der Umstand, dass die suburbanen Einfamilienhaussiedlungen der Nachkriegsjahrzehnte und selbst die dazugehörigen Malls an den Stadträndern als zu wenig lebendig, *als zu wenig urban* empfunden wurden. An diesem Eindruck, den viele Menschen hatten und haben, ist grundsätzlich nichts falsch; kritikwürdig ist jedoch, wie Behörden, Planungsagenturen und Unternehmen vielfach auf dieses Problem reagierten: Aus einem ökonomisch definierten Problem wurde die „Eventisierung" als Geschäftsmodell zur vermeintlichen Lösung entwickelt. Ronneberger diagnostizierte im Jahr 2000 die Herstellung einer zentraleren „Erlebnisstadt", die zum Konsum motivieren sollte. Am Beispiel deutscher Innenstädte wie der von Frankfurt am Main, aber auch jenen von Düsseldorf und Köln, beschreibt Ronneberger einen urbanen Raum der Konsummöglichkeiten, in dem Ein- und Ausschluss gezielt organisiert wird. Dabei bildet sich ein homogenisierter Stadtraum, ein von polizeilichen Aufteilungen und Definitionen geprägter, sortierender Raum, der „urbane Erfahrung in einer risikolosen Form" (Ronneberger 2026: 138) ermöglichen soll. Auf einen Mangel an Stadt wird so mit einem Mehr an reglementierter Kommodifizierung geantwortet. Ronnebergers zeitgenössische Diagnose ist – leider – ein Dauerbrenner, liest sich wie eine Vorbotin von Prozessen, die heute flächendeckend und intensiviert ablaufen: Vertreibungen von Obdachlosen und Bettler:innen aus den Stadtzentren häufen sich, begleitet von verschärften Polizeiregimen und neuen Bettelsatzungen, die die 1974 errungene Entkriminalisierung von Bettelei und Landstreicherei faktisch rückgängig machen.[3]

Besonders gut illustriert wird diese Dynamik durch die Werbeanzeige eines – wenn auch kalifornischen – Einkaufszentrums, die Ronneberger zitiert: „Müde von den Schuldgefühlen gegenüber Obdachlosen? Überdrüssig des Kämpfens mit dem Verkehr und der Sorge über Verbrechen?" (zit. nach Lauen 1999: 80 in Ronneberger 2026: 129) Was hier noch als Verkaufsargument für eine Mall diente, wurde zur impliziten

Leitidee auch für europäische Innenstädte. Das Versprechen des „gereinigten" Raums der Mall wurde zum Versprechen jener viel frequentierten Räume, die über Hausrecht kontrolliert werden, von Bahnhöfen bis hin zum städtischen Raum insgesamt.[4] Während heute Personalmangel und Sparkurs das Reinigen und Müllabholen in öffentlichen Stadträumen merklich beeinträchtigen (von wegen Sichtbarkeit im „Stadtbild"), verschiebt sich die Konnotation dessen, was Ronneberger als „gereinigten Raum" kritisiert, weiter dorthin, wo urbane Räume von Menschen „gereinigt" sein sollen, die nicht den normativen Vorstellungen des Mainstreams entsprechen, besonders wenn sie unbehaust sind oder betteln müssen. Vertreibungen, die mit einer „Reinigung" einhergehen, werden häufig durch ökologische und ästhetische Argumente mit legitimiert – autofrei, grün, sauber –, während gleichzeitig die sichtbare Präsenz marginalisierter Gruppen als „Standortschädigung" und Bedrohung der „inneren Sicherheit" gilt, wie Ronneberger schon 2000 deutlich machte. Das „Risiko" im Stadtraum wird also als etwas empfunden, das von den Mitmenschen ausgeht – was eine ziemliche Veränderung gegenüber einem Verständnis von Stadt bedeutet, das noch in den 1980er-Jahren geläufig war und das Ronneberger in Erinnerung ruft: Damals war es eine Hoffnung, dass der öffentliche Raum der Stadt und eine urbane Sicht auf die Welt uns mit anderen, spannenden, weil uns fremden Menschen und Lebensweisen zusammenbringen könnten. Die Diskursverzerrung des Begriffs „Risiko" ist also aufschlussreich und zugleich einigermaßen paradox für unsere Gegenwart, in der Menschen mit viel basaleren Risiken konfrontiert sind, weil ihnen Eigenverantwortung, „Responsibilisierung" aufgezwungen wird, also die Pflicht, selbst vorzusorgen für das empirisch konkretere Risiko, etwa den Job, die Gesundheit oder die Wohnung zu verlieren.

Vor dem Hintergrund dieser Verschärfungen tritt eine besonders obszöne Konstellation zutage: In mitteleuropäischen Städten wie etwa Frankfurt am Main sehen wir Wohnungslosigkeit gleichzeitig mit massivem Leerstand; beide Phänomene existieren synchron, sodass sie mitunter auch in unmittelbarer räumlicher Nachbarschaft zueinander auftreten.[5] Dennoch bezieht sich, wie bereits beschrieben, die öffentliche Debatte vorrangig auf die *Sichtbarkeit* von obdachlosen Menschen – nicht auf die strukturellen Bedingungen des Wohnungsmarkts und auch nicht auf die systemische Verknüpfung beider Phänomene: Verknüpft sind sie dahingehend, wie lukrativ eine Verknappung des Angebots bei

hoher Nachfrage für kommodifizierten Wohnraum ist.[6] Während also Leerstand produziert wird und spekulativer Leerstand profitabel ist (Hejda et al. 2014) und während zugleich hohe Wohnkosten vielen Menschen einiges an Belastung aufbürden, konzentriert sich allzu viel an öffentlichem Diskurs auf die Skandalisierung einer ganz anderen, nämlich *vermeintlichen* „Zumutung". Gemeint ist die manchmal so benannte Zumutung, in urbanen Räumen mittellose, ja bettelnde Menschen sehen zu müssen. Zugespitzt gesagt entsteht eine Situation, in der darüber geredet wird, wie legitimierte, finanziell abgesicherte Stadtbewohner:innen damit umgehen sollen, Schuldgefühle zu haben, die der Anblick von Armen bei ihnen auslöst – darüber wird gerätselt, anstatt eine effektivere Obdachlosenversorgung und eine aktive Leerstandsaktivierungs-Politik anzudenken und zu kombinieren: also die Öffnung leer stehender Wohn- und Geschäftsräume für jene, die unter akuter Raumnot leiden.

Anders als um die Jahrtausendwende befürchtet, sind Innenstädte also weniger Disneystadt geworden als vielmehr vielerorts leere Sockelzonen – was auch damit zu tun hat, dass sich Konsum, auch Einkaufen, sowie vor allem der gastronomische Konsum von nicht selbst zubereitetem Essen ins Innere der Wohnungen verlagert haben.[7] Geringverdienende, oft scheinselbstständige Lieferdienstfahrer:innen kämpfen darum, nicht selbst auf der Straße zu landen, während sie Essen in Wohnungen liefern, von denen viele für sie, und nicht nur für sie, unbezahlbar wären. Diese Wohnungen sind gewissermaßen Container und relationale Räume zugleich, ihre Relationalität besteht im Kappen von Beziehungen durch ein *containment*, das Abschottung in privatistischer Sicherheit und Versorgtheit bedeutet: Die Wohnung fungiert dann als Rückzugsort im Sinne eines neobiedermeierlichen Wohnideals, wobei hohe Mietkosten durch maximale Abschottung gerechtfertigt zu sein scheinen und sich gemäß einer verqueren, antiöffentlichen Logik erst durch den inneren Rückzug lohnen. Die teure Wohnung erspart – und verunmöglicht finanziell – das Ausgehen, ob in Gasthäuser oder zu kulturellen oder gar politischen Veranstaltungen. Zugleich erwirkt die Plattform-Ökonomie nicht nur prekäre Arbeitsbedingungen der im Straßenraum sichtbaren Delivery-Arbeitenden, sondern zugleich leere Straßenräume, weil Läden und Restaurants schließen (Strüver 2024).

Nicht anders die Mallcontainer selbst: Zahlreiche innerstädtische Kaufhäuser – etwa jene, die vom SIGNA-Konzern aufgekauft wurden – stehen heute leer. Kaufhäuser sind im Zuge der explodierenden

Bodenpreise in den Stadtzentren zu regelrechten Spekulationsobjekten geworden, bei denen weniger das Gebäude – geschweige denn dessen Kaufhausfunktion – als vielmehr der Grundstückswert zählt. Die Bodenrichtwerte zentraler Lagen waren Objekt der Begierde bei der Übernahme der Warenhausgruppe Karstadt-Galeria-Kaufhof durch den SIGNA-Konzern. Nach der Pleite dieses Konzerns infolge von Spekulationsgeschäften stehen die Warenhäuser in den Zentren zahlreicher deutscher und auch österreichischer Innenstädte leer. Das von OMA geplante, nie vollendete Kaufhaus *Hedy Lamarr* in Wien stand nach der SIGNA-Pleite einige Zeit lang ungenutzt im Raum, bis es letztlich 2025 als Spekulationsruine abgerissen wurde (genauer: in einem schier endlosen Prozess teilabgerissen und in eine Dauerruine verwandelt wurde, die in bester Innenstadtlage den öffentlichen Raum – das „Stadtbild" – prägt). Das ist ein exemplarischer Fall der Kurzlebigkeit einer Typologie, die einst Stadt simulieren sollte.

Spekulation wirkt ultimativ zerstörend auf Städte und Öffentlichkeiten, und das ist in ihr angelegt. Aus Perspektive der Leerstandsforschung zu Immobilien lässt sich Privateigentum besonders deutlich als ein Gewaltverhältnis erkennen, das mit dem Rechtebündel modernen Eigentums einhergeht. Einen prägnanten aktuellen Diskursanstoß hierzu entwickelt Eva von Redecker mit ihrer Analyse von modernem Privateigentum als „absolute Sachherrschaft", der das Beherrschen, Verwerten, Erschöpfen bis hin zum Zerstören eingeschrieben ist (von Redecker 2023: 13).

Aus der Mall, die Stadt nachahmte, wurden Städte, die wie Malls funktionieren sollen: Fußgängerzonen, in denen nicht nur Autos, sondern auch unerwünschte Menschen entfernt werden – im Namen multidimensionaler Reinheit. Die bestlagige Fußgängerzone in der Wiener Herrengasse wurde gleich direkt von den Eigentümer:innen der angrenzenden Palais finanziert. Als „Geschenk an die Stadt" hatte dies nicht zuletzt den erwartbaren Nebeneffekt, dass die Grundstückswerte sofort stiegen.[8] Nichts gegen Fußgängerzonen, deren Verortung und Ausgestaltung sollte aber (ein unwahrscheinlicher, nachgerade utopischer Fall) öffentlich diskutiert werden: Es sollte demokratisch entschieden werden können, wo und für wen sie errichtet werden – weil sie mit Steuergeld finanziert werden und nicht seitens Vermögender durch eine Eigeninvestition, die diesen zugleich hilft, ihr Steueraufkommen

zu reduzieren. Spekuliert wird längst nicht nur mit gebautem Raum, sondern auch mit öffentlichem Raum.[9]

Wie lassen sich solche Verschärfungen heute mit Klaus Ronneberger diskutieren? Bereits um das Jahr 2000 wandte er sich gegen eine kulturpessimistische Kritik, die den Verlust vermeintlich authentischer Formen bürgerlicher Öffentlichkeit beklagt. Diese Öffentlichkeit, so Ronneberger, war nie inklusiv – sie stand Nichtbürgerlichen ohnehin nicht offen.

In kritischer Auseinandersetzung mit Marc Augés Konzept der „Nicht-Orte" und mit Richard Sennetts Diagnose einer Trivialisierung des öffentlichen Raums betont Ronneberger, dass es nicht um Authentizität gehen dürfe – im Sinne der Trauer um eine „authentische" Öffentlichkeit –, sondern um eine Kritik der bestehenden Macht- und Gewaltverhältnisse. Auch ein aktueller Streit um die Definitionsmacht über das „Stadtbild" bestätigt diese Analyse: Der Rekonstruktionsdiskurs, wie er unter anderem im Kontext der architektonischen Rekonstruktion von 25 historischen Fassaden – anstelle der Nachkriegsarchitektur – in der Frankfurter Innenstadt geführt wird, versucht, Authentizität aus einer Zeit der bürgerlichen Öffentlichkeit zu simulieren, mit kolonialen Warenhäusern und mit elitären Repräsentationsästhetiken aus einer Gesellschaft vor der Massendemokratie (vgl. Oswalt 2023).

Wer heute vom „Problem des Stadtbilds" spricht, verfehlt einmal mehr die Frage nach den Verhältnissen, meint damit weder spekulationsbedingt leer stehende Häuser noch den wachsenden Widerspruch zwischen wohnungslosen Menschen und ungenutztem Wohnraum. Und es ist schon klar: Es geht nicht darum, die Worte des Bundeskanzlers direkt mit den Argumenten der von Ronneberger zu Recht kritisierten liberalen Stadtsoziologen zu vergleichen. Friedrich Merz ist nicht Marc Augé; was Merz markant im Auge hat, sind sichtbare Körper, die erst durch Migrantisierung und Rassifizierung in einer Form von Sichtbarkeit konstruiert werden, die dazu dient, sie als „Störung" zu benennen. Damit einher geht eine Vorstellung von der *Stadt als Bild*, womöglich dekorativ als Wertanlage und Wirtschaftsstandort gefasst. Was dann stört, sind Menschen, die den öffentlichen Raum für intimste Bedürfnisse nutzen müssen, obwohl dieser nicht einmal für elementare Versorgung – öffentliche Toiletten, Rastmöglichkeiten – ausgestattet ist. Doch weder Ungerechtigkeit, Wohnungsmarkt noch fehlende Infrastruktur werden zum Thema oder zum Ansporn, etwas zu unternehmen; eher noch wird das Fehlen der Infrastruktur instrumentalisiert als Argument

dafür, jene, die davon abhängig sind, noch rigider auszuschließen und zu marginalisieren.

Doch nicht nur werden Hausrechte verschärft; zunehmend dominieren „Bullies" die Ordnung des Raums – bis hin zur globalen Weltordnung. Besonders deutlich zeigt sich dies im autoritären und zugleich disruptiven, von Gewalt geprägten Politikverständnis von Donald Trump – eines Politikers, der durch Immobilienspekulation reich wurde. Die Frage ist jedoch auch heute nicht, wie zu einer vermeintlich authentischen bürgerlichen Öffentlichkeit zurückgekehrt werden könnte.[10] Vielmehr stellen sich weiterhin Fragen nach Macht- und Gewaltverhältnissen – und danach, wie im Gegensatz zu diesen eine solidarische Stadt jenseits von Sicherheitsfetisch und spekulativem Leerstand gedacht und gemacht werden kann.

Die Publikation dieses Beitrags wurde durch das Finanzierungsprojekt SocioHub-Zeitschriftenbündel 2026-2028 ermöglicht.

Endnoten

[1] „[...] aber wir haben natürlich immer im Stadtbild noch dieses Problem, und deswegen ist der Bundesinnenminister ja auch dabei, jetzt in sehr großem Umfang auch Rückführungen zu ermöglichen und durchzuführen." Friedrich Merz, Bundeskanzler, Pressekonferenz in Brandenburg, 14.10.2025.

[2] Immer wieder publizierte Ronneberger zum Frankfurter Europaviertel sowie über das UEC (Urban Entertainment Center), das dort nach vielen Umplanungen erst 2013 und letztlich in Form des Shoppingcenters Skyline Plaza entstand (siehe auch Ronneberger 2021).

[3] Seit der Abschaffung des § 361 Abs. 1 Nr. 4 StGB im Jahr 1974 sind Bettelei und Landstreicherei in Deutschland entkriminalisiert und stellen formal keinen Straftatbestand mehr dar. Zahlreiche Städte unterlaufen diese bundesrechtliche Regelung jedoch durch ordnungspolitische Verordnungen und Sonderregelungen, die faktisch erneut kriminalisierend wirken. Gegen die Einführung regelrechter Bettelverbote in der Krefelder Innenstadt (2023) und in Hamburgs ÖPNV (2024) wurden Klagen eingebracht, die zumindest in Krefeld die Aussetzung des Verbots bewirkt haben (Spannuth 2023).

[4] Klaus Ronneberger schreibt 1999 mit Stephan Lanz unter anderem von der damals geplanten Aufwertungsstrategie der Deutschen Bahn für ihre Bahnhöfe durch das damals sogenannte „3-S-Konzept – Service, Sicherheit, Sauberkeit" (Lanz/Ronneberger 1999: 13).

[5] Für die Ausstellung „Found Futures: Das neue Neue Frankfurt", die ich mit meinem Fachgebiet ARCHITEKTUR STADT ÖKONOMIE an der Uni Kassel für die Ausstellung „Yes, we care. Das Neue Frankfurt und die Frage nach dem Gemeinwohl" im Frankfurter Museum Angewandte Kunst von Mai 2025 bis Januar 2026 umgesetzt habe, haben wir für die Stadt Folgendes überlagert: Die Zahl der Wohnungslosen liegt ohne Dunkelziffer im Jahr 2025 bei 21.000, die aus Leerstandsforschung und Zensuszahlen

ermittelte geschätzte Zahl an leer stehender Fläche in Frankfurt beträgt aktuell ca. 2.000.000 m².

[6] „[H]omelessness exists not because the system is failing to work as it should, but because the system is working as it must." (Marcuse 1988: 93)

[7] Die in Ronnebergers Text formulierte Kritik an der „Erlebnisstadt" hebt zum Beispiel die Verwischung der Grenzen zwischen Einkaufen und Freizeit hervor und bildet damit den Diskurs- und Kenntnisstand um die Jahrtausendwende ab, der aufgrund der jüngeren Entwicklung zum Onlineshopping überholt ist.

[8] Ronneberger bringt als frühes Beispiel den Times Square in New York, der zur Zeit seiner Analyse als Urban Entertainment Center revitalisiert wurde, indem der Disneykonzern dort einen Entertainmentkomplex errichtete und zugleich den Immobilienmarktwert vor Ort massiv erhöhte (Ronneberger 2026: 131). 2009 wurde der Times Square dann im Rahmen einer weiteren Reinigungsmaßnahme zur Fußgängerzone. Dies ist ein frühes Beispiel dafür, wie öffentlicher Raum zunehmend nach dem Modell der Mall umgestaltet wird und in weiterer Transformation zum stark regulierten, kommerzialisierten Fußgängerraum.

[9] Zur Konsumpflichtigkeit von öffentlichem Raum siehe Heindl 2018.

[10] Was nicht bedeuten soll, dass einfach alles am Erbe der bürgerlichen Aufklärung und ihrer republikanischen Öffentlichkeiten abzulehnen ist; es geht ja darum, was an diesem Vermächtnis über seine eigenen engen, besitzbürgerlich-maskulinistischen Formen hinausweist – in Richtung umfassenderer, tiefer gehender Demokratisierung.

Autor_innen

Gabu Heindl leitet das Fachgebiet ARCHITEKTUR STADT ÖKONOMIE an der Universität Kassel; sie praktiziert Architektur und Stadtplanung mit Büro in Wien; sie forscht zu Wohnbauwirtschaft, Bodenpolitik, Leerstand, diverse Ökonomien und Demokratisierung von Projektentwicklung.
gabu.heindl@uni-kassel.de

Literatur

Heindl, Gabu (2018): Wer nichts isst, soll hier auch nicht sein. Planung, Konsum und Konflikt im neoliberalen Stadtraum. In: NÖ Forschungs- und Bildungsges.m.b.H. (NFB) / Donau-Universität Krems (Hg.), Wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen. Auf dem Weg zu einer globalen Gesellschaft der Überflüssigen? Tagungsband zum Symposium Dürnstein 2018. Hamburg: tredition, 93-102.

Hejda, Willi / Hirschmann, Anna / Kiczka, Raphael / Verlic, Mara / IG Kultur Wien (Hg.) (2014): Wer geht leer aus? Plädoyer für eine andere Leerstandspolitik. Wien: edition mono/monochrom.

Lanz, Stephan / Ronneberger, Klaus (1999): Auf dem Weg zur neofeudalen Stadt? In: Nachrichtenblatt zur Stadt- und Regionalsoziologie 13/2, 10-20.

Löw, Martina (2001): Raumsoziologie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Marcuse, Peter (1988): Neutralizing homelessness. In: Socialist Review 88.1, 69-97.

Oswalt, Philipp (2023): Bauen am nationalen Haus. Architektur als Identitätspolitik. Berlin: Berenberg.

Redecker, Eva von (2023): Revolution für das Leben. Philosophie der neuen Protestformen. Frankfurt am Main: S. Fischer.

Ronneberger, Klaus (2000): Container des 21. Jahrhunderts. In: Matejowski, Dirk (Hg.), Metropolen. Laboratorien der Moderne. Frankfurt am Main/New York: Campus, 324-342.

Ronneberger, Klaus (2021): Frankfurts Aufstieg zur Global City. In: Johanna Betz / Svenja Keitzel / Jürgen Schardt / Sebastian Schipper / Sara Schmitt Pacífico / Felix Wiegand (Hg.), Frankfurt am Main – eine Stadt für alle? Konfliktfelder, Orte und soziale Kämpfe. Bielefeld: transcript, 23-32.

Ronneberger, Klaus (2026): Container des 21. Jahrhunderts (2000). In: sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung 14/1, 125-148.

Spannuth, Nina (2023): Bettelverbot in Krefeld. Sich wehren hilft. In: taz, 10.6.2023. https://taz.de/Bettelverbot-in-Krefeld/!5937187/ (letzter Zugriff am 8.1.2026).

Strüver, Anke (2024): Platforms mediating domestic care work as service gigs in European cities: Reorganisation of social reproduction through marketisation. In: Digital Geography and Society 7, 100099.